

1 **Antrag WV220/I/2018**  
 2 **FA XI – Mobilität**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4  
 5 **Nachhaltige Lenkung der Pendler\*innenströme nach**  
 6 **Berlin durch gezielte kurz- und mittelfristige Maßnahmen**  
 7 **men**

8 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-  
 9 Mitglieder des Senats von Berlin sowie die SPD-  
 10 BVV-Fraktionen und SPD-Stadträte werden auf-  
 11 gefordert, sich für eine nachhaltige Lenkung der  
 12 Pendler\*innenströme nach Berlin einzusetzen.

13  
 14 Um die Auswirkungen der Pendler\*innenströme auf die  
 15 Anwohner\*innen und Nutzer\*innen des öffentlichen  
 16 Raums zu minimieren, sind auf Bezirks-, Landes- und  
 17 Bundesebene folgende Maßnahmen zu ergreifen:

18 1. Die Attraktivität des Angebots im Umweltverbund für  
 19 Pendler\*innen ist – gemeinsam mit dem Land Brande-  
 20 nburg und dem VBB – durch gezielte Werbemaßnahmen  
 21 und Informationskampagnen, Taktverdichtungen und  
 22 barrierefreie Umsteigebedingungen weiter zu  
 23 erhöhen;

24 2. In der Tarifzone A ist eine deutliche Ausweitung der  
 25 Parkraumbewirtschaftung notwendig;

26 3. In den Berliner Bezirken der Tarifzone B ist mindestens  
 27 im Umkreis von 300 Metern an den Schnellbahnhöfen  
 28 eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen, um dort  
 29 das massenhafte Abstellen der Fahrzeuge von Pend-  
 30 ler\*innen aus dem Umland zu reduzieren;

31 4. Auf eine Ausweitung des Tarifbereichs AB auf den Be-  
 32 reich C ist zu verzichten;

33 5. Das Land Berlin setzt sich  
 34 • bei der gemeinsamen Landesplanung Berlin-  
 35 Brandenburg dafür ein, den ÖPNV als Zubringer  
 36 zum SPNV zu verbessern und geeignete Bahnhöfe  
 37 in Brandenburg, gegebenenfalls mit der DB AG,  
 38 für die Einrichtung von B&R und P&R-Plätzen zu  
 39 identifizieren;

40 • im Bundesrat dafür ein, Job-Tickets für Arbeitneh-  
 41 mer\*innen steuerfrei zu stellen (Wegfall der mo-  
 42 natlichen 44 EUR-Grenze bei Sachbezügen) und die  
 43 sogenannten Pendler\*innenpauschale sowie das  
 44 Dienstwagenprivileg abzuschaffen;

45 • in Kooperation mit den Industrie- und Handels-  
 46 kammern und den Handwerkskammern dafür ein,  
 47 ein Anreizsystem für die Einrichtung eines nachhal-  
 48 tigen und gesundheitsfördernden Mobilitätsma-  
 49 nagements in den Betrieben zu erarbeiten, das die  
 50 Nutzung des Umweltverbundes und von Fahrge-  
 51 meinschaften fördert, und auch den Wegfall von  
 52 firmeneigenen Mitarbeiter\*innen-Parkplätzen be-  
 53 inhaltet.

54

55

56 **Begründung**

57 Jeden Werktag pendeln mehrere Hunderttausend  
 58 Menschen von und nach Berlin.

59 In Richtung Berlin bedeutet das an mindestens fünf Ta-

vertagt auf LPT I/2019 (K)

- 1 gen pro Woche vor allem:
- 2 • Mehr als 200.000 Fahrzeuge (MIV)
  - 3 • Mehr als 1 Mio. Liter Kraftstoff
  - 4 • Mehr als 2.000 Tonnen CO<sub>2</sub>
  - 5 • Hohe Umweltschäden und – kosten
  - 6 • Erhebliche, gesundheitsbeeinträchtigende Lärmbe-
  - 7 lästigung
  - 8 • Jede Menge Staus
  - 9 • Zugeparkte Außen- und Innenbezirke.
- 10
- 11 Deshalb sind die negativen Folgen des Einpendelns mit  
12 privaten Fahrzeug zu reduzieren und das Angebot der  
13 Verkehrsmittel des Umweltverbundes deutlich zu ver-  
14 bessern. Das können Politik und Wirtschaft gemeinsam  
15 schaffen.
- 16
- 17 Mit den im Antrag genannten Maßnahmen werden  
18 die Bestrebungen aus dem Berliner Koalitionsvertrag  
19 2016 – 2021 sowie der Länder Berlin und Brandenburg  
20 und des VBB unterstrichen und konkretisiert, die Pend-  
21 ler\*innenströme weitgehend auf den öffentlichen Ver-  
22 kehr zu verlagern und hierfür die geeigneten Rahmen-  
23 bedingungen zu schaffen.